

Gemeinde Dötlingen

Die Bürgermeisterin



Niederschrift

über die Sitzung des Ausschusses für Infrastruktur und Energie vom

25.04.2023

im Landhotel Dötlingen, Rittrumer Kirchweg 6, 27801 Dötlingen

AIE/008/2023

Beginn:	18:30 Uhr
Ende:	21:26 Uhr

Tagesordnung:

Top	Bezeichnung	Dr.-Nr.
1.	Eröffnung der Sitzung, Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung und der Beschlussfähigkeit	
2.	Feststellung der Tagesordnung	
3.	Genehmigung der Niederschrift über die Sitzung vom 02.02.2023	
4.	Bericht der/des Ausschussvorsitzenden	
5.	Bericht der Bürgermeisterin	
6.	Aussprache zum Bericht der/des Ausschussvorsitzenden	
7.	Aussprache zum Bericht der Bürgermeisterin	
.	Einwohnerfragestunde	
8.	Lüftungsanlage beim Rathaus Neerstedt hier: Vorstellung der Planung durch das Ing.-Büro Wempe, Visbek	2023/677
9.	Windenergie im Bereich der Gemeinde Dötlingen hier: Antrag der FDP-Fraktion vom 26.01.2023	2023/674
.	Einwohnerfragestunde	



10.	Fortschreibung des Klimaschutz- u. Energiekonzeptes der Gemeinde Dötlingen hier: Gemeinsamer Antrag der SPD-Fraktion u. Bündnis 90/Die Grünen vom 22.02.2023	2023/675
11.	Beitritt der Initiative „Lebenswerte Städte durch angemessene Geschwindigkeiten“ hier: Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 13.03.2023	2023/676
12.	1. Photovoltaik auf öffentlichen Dachflächen; 2. Umwandlung von öffentlichen Dachflächen zu Gründachflächen; hier: Antrag der CDU-Fraktion u. FDP-Fraktion vom 06.03.2023	2023/678
13.	BHKW's in der Gemeinde Dötlingen hier: Überprüfung der Rentabilität der Bestandsanlagen; Antrag der CDU-Fraktion u. FDP-Fraktion vom 06.03.2023	2023/679
14.	Anfragen und Anregungen	
.	Einwohnerfragestunde	

Teilnehmer:**Anwesend:****Mitglieder:**

Frau Insa Huck für Ausschussmitglied Lorenz
Herr Jörg Lüschen
Frau Gabriele Roggenthien für Ausschussmitglied Orth
Frau Sabine Schütte
Herr Dietz Wiechers
Frau Beate Wilke Ausschussvorsitzende
Herr Rudolf Zingler



Zu TOP 2 Feststellung der Tagesordnung

Ausschussvorsitzende Wilke erkundigt sich, ob es Änderungswünsche zur Tagesordnung gibt.

Ratsfrau Huck stellt den **Antrag**, eine weitere Einwohnerfragestunde von längstens 20 Minuten nach Tagesordnungspunkt 9 „*Windenergie im Bereich der Gemeinde Dötlingen, hier: Antrag der FDP-Fraktion vom 26.01.2023*“ durchzuführen und bittet, von der Geschäftsordnung abzuweichen.

Ausschussvorsitzende Wilke führt aus, dass nach der Geschäftsordnung zwei Einwohnerfragestunden á 15 Minuten vorgesehen sind. Ein Abweichen von der Geschäftsordnung ist nach §17 Absatz 3 nur dann möglich, wenn 2/3 der anwesenden Ratsmitglieder dem zustimmen und keine gesetzlichen Vorschriften dem entgegenstehen.

Ausschussvorsitzende Wilke lässt sodann über den **Antrag** abstimmen. Dieser wird einstimmig bei 7 Ja-Stimmen angenommen.

Weitere Änderungswünsche zur Tagesordnung werden nicht vorgetragen, sodass Ausschussvorsitzende Wilke über die geänderte Tagesordnung abstimmen lässt. Die geänderte Tagesordnung wird einstimmig bei 7 Ja-Stimmen genehmigt.

Abstimmungsergebnis:

Ja 7 Nein 0 Enthaltung 0 Befangen 0

Zu TOP 3 Genehmigung der Niederschrift über die Sitzung vom 02.02.2023

Ausschussvorsitzende Wilke lässt über die Niederschrift der Sitzung vom 02.02.2023 abstimmen. Diese wird bei 6-Ja Stimmen und 1 Enthaltung genehmigt.

**Abstimmungsergebnis:**

Ja 6 Nein 0 Enthaltung 1 Befangen 0

Zu TOP 4 Bericht der/des Ausschussvorsitzenden

Ausschussvorsitzende Wilke gibt keinen Bericht ab.

Zu TOP 5 Bericht der Bürgermeisterin**Vernetzung von Biogasanlagen/Erstellung eines Wärmegeneralplanes**

Die CDU-Fraktion hat am 08.02.2023 einen Antrag zur kommunalen Wärmeplanung der Gemeinde Dötlingen eingereicht mit dem Ziel, eine mögliche Vernetzung der Biogasanlagenbetreiber abzuklären. Darüber hinaus sollte geprüft werden, ob gegebenenfalls mit Hilfe eines Fachplaners ein Wärmegeneralplan für die Gemeinde Dötlingen unter Einbeziehung sonstiger erneuerbarer Energien in Frage kommt.

Der Verwaltungsausschuss hat sich zwischenzeitlich mit dem Antrag beschäftigt und in seiner Sitzung am 13.04.2023 beschlossen, dass die Verwaltung eine Abfrage bei den Biogasanlagenbetreibern über den aktuellen Planungsstand zu deren Anlagen einholt.

Weiterhin wird die Gemeinde Dötlingen den Landkreis Oldenburg dabei unterstützen, eine kommunale Wärmeplanung für den Landkreis Oldenburg zu erstellen. Hierzu findet am 15. Mai 2023 eine Informationsveranstaltung beim Landkreis Oldenburg in Zusammenarbeit mit der EWE statt.

Zu TOP 6 Aussprache zum Bericht der/des Ausschussvorsitzenden

Eine Aussprache findet nicht statt (vgl. TOP 4).

**Zu TOP 7 Aussprache zum Bericht der Bürgermeisterin**

Die Anwesenden nehmen die Ausführungen von Bürgermeisterin Oltmanns zur Kenntnis.

Zu TOP Einwohnerfragestunde

Ausschussvorsitzende Wilke schließt um 18:35 Uhr die Sitzung des Ausschusses für Infrastruktur und Energie und eröffnet die Einwohnerfragestunde.

Ein Einwohner erkundigt sich, ob die Informationsveranstaltung des Landkreises Oldenburg, auf welche im Bericht der Bürgermeisterin (vgl. **TOP 5**) hingewiesen wurde, öffentlich ist.

Bürgermeisterin Oltmanns teilt mit, dass es sich um eine nicht-öffentliche Veranstaltung handelt. Den Teilnehmerkreis kann sie nicht benennen, da der Landkreis Oldenburg Veranstalter ist und einlädt. Sie geht davon aus, dass Fachvertreter, die Hauptverwaltungsbeamten des Landkreises Oldenburg und möglicherweise Kreistagsabgeordnete des Landkreises Oldenburg teilnehmen werden.

Ausschussvorsitzende Wilke schließt um 18:37 Uhr die Einwohnerfragestunde und eröffnet die Sitzung des Ausschusses für Infrastruktur und Energie.

Zu TOP 8 Lüftungsanlage beim Rathaus Neerstedt

hier: Vorstellung der Planung durch das Ing.-Büro Wempe, Visbek

Vorlage: 2023/677

Ausschussvorsitzende Wilke leitet in die Thematik ein und übergibt das Wort an Herrn Detlef Dettmar vom Ingenieurbüro Wempe & Partner, welcher den Variantenvergleich für die Lärmreduzierung des Kaltwassersatzes für die Kälteanlagen anhand einer Präsentation (**Anlage**) vorstellt.



Ausschussvorsitzende Wilke erkundigt sich, ob die Kosten pro Büro 9.100,00 € betragen oder für beide Büros.

Bauamtsleiter Kläner teilt mit, dass es sich um die Kosten für ein Büro handelt und somit aufgrund der zwei Büros Gesamtkosten in Höhe von 18.200,00 € anfallen würden.

Ausschussmitglied Schütte erkundigt sich, ob eine Erweiterung der Verkleidung oder die Errichtung eines Daches zu einer ausreichenden Lärmreduzierung führen würden.

Dies verneint Herr Dettmar.

Stellvertretender Bürgermeister Zingler erkundigt sich zu Variante 4, ob die vorhandenen Geräte genügend Leistung aufweisen oder diese aufgrund der weiteren Entfernung ebenfalls ersetzt werden müssten.

Herr Dettmar teilt mit, dass die Geräte und die zugehörigen Pumpen ausreichend sind.

Ausschussmitglied Lüschen erkundigt sich, ob bei Variante 2 gewährleistet werden kann, dass der Abstand zu den Büros ausreichend ist.

Dies bejaht Herr Dettmar.

Ferner erkundigen sich Ausschussmitglied Schütte und Ausschussmitglied Roggenthien danach, weshalb der Lärmpegel bei der Planung nicht berücksichtigt wurde. Ihrer Meinung nach liegt ein Planungsfehler vor.

Herr Dettmer erläutert, dass seiner Ansicht nach kein Planungsfehler vorliegt. Die Datenblätter der Geräte wurden bei der Planung berücksichtigt und die Lautstärke der Geräte befindet sich im gesetzlichen Rahmen. In der Praxis scheint der Lärmpegel allerdings für die Mitarbeiter/innen unzumutbar, weshalb ein Umbau erforderlich ist.



Auch stellvertretender Bürgermeister Zingler ist der Meinung, dass es sich um einen Planungsfehler handelt. Er möchte keine Steuergelder für eine Änderung ausgeben und ist der Meinung, dass das Planungsbüro die Kosten zu tragen hat.

Bürgermeisterin Oltmanns zeigt sich ebenfalls enttäuscht über die Planung sowie die erforderliche Änderung. Sie macht noch einmal deutlich, dass die Situation für die Mitarbeiter/innen unzumutbar ist und deshalb eine Lösung gefunden werden muss. Sie befürchtet, dass die Alternativvarianten 1-3 möglicherweise nicht hinreichend sein dürften und favorisiert Variante 4, da diese ihrer Meinung nach am besten geeignet ist und den größtmöglichen Erfolg vorweisen wird. Sie hofft, dass das Ingenieurbüro der Verwaltung kostentechnisch entgegenkommen wird.

Herr Dettmar sagt zu, über eine anteilige Kostenübernahme mit Herrn Wempe zu sprechen.

Ratsherr Lüschen weist darauf hin, dass aufgrund der längeren Leitungen bei Variante 4 die Betriebskosten steigen werden.

Ratsfrau Roggenthien stellt den **Antrag**, die Beschlussfassung zu vertagen, um noch einmal innerhalb der Fraktionen beraten zu können.

Ratsfrau Huck spricht sich ebenfalls für eine Vertagung aus und bittet den **Antrag dahingehend zu ergänzen**, dass die Verwaltung mit Herrn Wempe in Kontakt tritt, um zu eruieren, ob eine anteilige Kostenübernahme möglich wäre. Ferner erkundigt sie sich, ob die Nachbarn von den Geräuschen der Anlage gestört werden könnten.

Herr Dettmer teilt mit, dass das Gerät ausreichend umschlossen sein wird, sodass die Nachbarn nicht gestört werden.

Bauamtsleiter Kläner stimmt dem zu und ergänzt, dass die Nachbarn in die Planung einbezogen werden.



Ausschussvorsitzende Wilke erkundigt sich, weshalb die Geräte nicht an der ursprünglichen Stelle umschlossen werden können. Auch erkundigt sie sich, ob neue leisere Geräte installiert werden könnten.

Herr Dettmar führt aus, dass bei der ursprünglichen Position eine vollständige Umschließung und die Errichtung eines Daches nicht möglich ist, sodass die entsprechende Geräuschkulisse bestehen bleiben würde. Leisere Geräte wurden bisher noch nicht entwickelt.

Ausschussmitglied Lüschen fragt nach, ob das Gerät tiefer gelegt werden könnte, damit es mit einem Dach und einer vollständigen Umschließung versehen werden kann.

Herr Dettmer teilt mit, dass dies grundsätzlich möglich wäre, allerdings mit hohem Aufwand und hohen Kosten verbunden ist.

Da offensichtlich Einigkeit hinsichtlich der Ergänzung des (neuen) Beschlussvorschlages besteht, lässt Ausschussvorsitzende Wilke sodann über den **Antrag** auf Änderung der Beschlussempfehlung (in der ergänzten Fassung) abstimmen. Dieser wird bei 7 Ja-Stimmen einstimmig angenommen.

Sodann lässt Ausschussvorsitzende Wilke über den geänderten Beschlussvorschlag abstimmen. Dieser wird bei 7 Ja-Stimmen einstimmig angenommen.

Der Ausschuss für Infrastruktur und Energie empfiehlt:

„Die Beschlussfassung wird vertagt.

Die Verwaltung wird beauftragt, Kontakt mit dem Ing. Büro Wempe aufzunehmen, um zu eruieren, ob eine Kostenbeteiligung durch das Ingenieurbüro Wempe erfolgt.“

Abstimmungsergebnis:

Ja 7 Nein 0 Enthaltung 0 Befangen 0



Zu TOP 9 Windenergie im Bereich der Gemeinde Dötlingen

hier: Antrag der FDP-Fraktion vom 26.01.2023

Vorlage: 2023/674

Ausschussvorsitzende Wilke leitet in die Thematik ein und übergibt das Wort an Herrn Thomas Aufleger von dem Planungsbüro NWP.

Herr Aufleger stellt die Gesetzesgrundlagen zur Thematik „Windenergieanlagen an Land“ anhand einer Präsentation (**Anlage**) vor.

Ratsfrau Roggenthien erkundigt sich, ob es richtig ist, dass die Flächen bis 2026 benannt und nicht bebaut sein müssen.

Herr Aufleger weist darauf hin, dass die Flächen planungsrechtlich gesichert, aber nicht bebaut sein müssen. Aktuell gibt es im Landkreis Oldenburg noch kein Raumordnungsprogramm.

Anschließend stellt Herr Aufleger die Rahmenbedingungen für die Erstellung eines Standortkonzeptes „Windenergie“ anhand einer Präsentation (**Anlage**) vor.

Ausschussmitglied Schütte macht deutlich, dass Ziel des Antrages der FDP-Fraktion keine neue Potentialanalyse, sondern lediglich die Bürgerbeteiligung und Festlegung der Kriterien gewesen sei.

Ratsfrau Roggenthien weist darauf hin, dass der Vorteil der Potentialplanung die Festlegung von eigenen Kriterien ist. Durch die Festlegung der Potentiale hat die Gemeinde Dötlingen eine Argumentationsgrundlage für den Landkreis Oldenburg. Sie erkundigt sich, ob der Landkreis Oldenburg auf die von der Gemeinde festgelegten weichen Kriterien Einfluss nehmen kann.

Herr Aufleger teilt mit, dass er davon ausgeht, dass der Landkreis Oldenburg die Kriterien nicht verändern wird, sofern diese realistisch sind und entsprechende Flächen ausgewiesen werden



konnten. Ferner führt Herr Aufleger auf Nachfrage von Ratsfrau Roggenthien aus, dass die Gemeinde lediglich durch die Ermittlung von Potentialflächen oder die Aufstellung von Flächennutzungsplänen Einfluss nehmen kann.

Ausschussmitglied Lüschen betont, dass die derzeitige Entwicklung den Ausbau der Energie – auch im Bereich der Windenergie – deutlich macht. Ferner stellt er den **Antrag**, die Beschlussfassung dahingehend zu ändern, dass die vorgestellten Kriterien für die Neuaufstellung des Standortkonzeptes für Windenergieanlagen im Bereich der Gemeinde Dötlingen zur Kenntnis - und nicht zustimmend zur Kenntnis - genommen werden.

Bürgermeisterin Oltmanns weist darauf hin, dass der Verwaltungsausschuss am 13.04.2023 die Auftragsvergabe für die Potentialstudie beschlossen hat. Der zeitliche Druck sei enorm. Die Kriterien müssen zeitnah festgelegt und die Potentialstudie schnellst möglich fertiggestellt werden. Ansonsten sei eine Aufnahme der Potentialflächen mit von der Gemeinde festgelegten Kriterien durch den Landkreis Oldenburg nicht möglich, da dieser bis zum Ende des Jahres Flächen ausweisen möchte über die abschließende Regionalplanung. Landrat Dr. Pundt hat Bürgermeisterin Oltmanns zugesagt, dass die Gemeindeplanung in die Planung des Landkreises - quasi im „Gegenstromprinzip“ - übernommen wird, wenn diese rechtzeitig vorliegt.

Ratsfrau Huck führt an, dass dies der erste umfangreiche Vortrag, nach dem letztmalig im November 2022 ausführlich die Thematik vorgestellt worden sei. Sie erkundigt sich weiterhin, ob man sich auf die Potentiale der letzten Studie beschränken könnte.

Herr Aufleger führt aus, dass die Zeit für die erneute Änderung des Flächennutzungsplanes mit dem Ziel, die bisherige Steuerungswirkung beizubehalten, zu knapp ist, da die Wirksamkeit des Flächennutzungsplanes bis zum 01.02.2024 erreicht werden müsste. Hinsichtlich der Potentialstudie 2013 haben sich unter dem heutigen Blickwinkel zahlreiche Kriterien geändert. Aufgrund dessen ist eine neue Potentialstudie sinnvoll, um eine aktuelle Grundlage der in Frage kommenden Potentialflächen für die weitere Diskussion zur Verfügung zu haben.



Ratsfrau Huck teilt namens der SPD-Fraktion mit, dass sie derzeit die Notwendigkeit für den Ausbau der Windenergie sehen, weist aber darauf hin, dass der Rat der letzten Ratsperiode entschieden hatte, Windenergie nicht weiter auszubauen. Ferner erkundigt sie sich, ob die Gemeinde mehr Fläche als damals ausweisen kann.

Herr Aufleger erklärt, dass der Landkreis Oldenburg innerhalb des Kreisgebietes selber bestimmen kann, wo Flächen ausgewiesen werden, um sein Ziel zu erreichen. Aufgrund dessen kann Herr Aufleger dazu keine Aussage treffen. Einzelheiten zum möglichen Ausbau und Veränderungen könnten erst mit der Studie ermittelt werden.

Ausschussvorsitzende Wilke erkundigt sich, ob die Gemeinde weitere Flächen, als die vom Landkreis Oldenburg, für die Erfüllung des Ziels in Anspruch genommen werden, im Gemeindegebiet ausgewiesen werden dürfen.

Dies bejaht Herr Aufleger.

Auf Nachfrage von Ausschussmitglied Wiechers gibt Herr Aufleger an, dass aufgrund der neuen Gesetzeslage die bestehenden Windenergiegebiete ohne konzeptionelle neue Gesamtplanung anhand des alten Konzeptes um bis zu 25 % erweitert werden können.

Ratsfrau Roggenthien erkundigt sich, ob der Landkreis über eine Fläche entscheiden kann, auch wenn sich die Gemeinde gegen eine Ausweisung eines Gebietes entschieden hat.

Herr Aufleger bejaht dies. Allerdings ist dies ziemlich unwahrscheinlich, wenn Alternativflächen der Gemeinden vorliegen.

Außerdem führt Ratsfrau Roggenthien an, dass sie alle Energien gemeinsam (Wind, Biogas, PV) betrachten und ein Konzept nicht nur für die Windenergie erarbeiten möchte. Ihrer Meinung nach haben auch Photovoltaikanlagen und Biogasanlagen ein hohes Potential.



Bürgermeisterin Oltmanns weist darauf hin, dass nur durch die Potentialstudie Einfluss auf die Entscheidung des Landkreises Oldenburg in Bezug auf Windenergieflächen genommen werden kann. Ansonsten wird der Landkreis selber entscheiden, welche Flächen ausgewiesen werden, ohne dass die Gemeinde Einflussmöglichkeiten hatte. Dann könnten Flächen ausgewiesen werden, die die Gemeinde nicht „belasten“ möchte.

Ausschussvorsitzende Wilke lässt über den **Antrag** von Ausschussmitglied Lüschen zur **Änderung des Beschlussvorschlages** abstimmen. Dieser wird einstimmig bei 7 Ja-Stimmen angenommen.

Sodann lässt Ausschussvorsitzende Wilke über den **geänderten Beschlussvorschlag** abstimmen. Dieser wird einstimmig bei 7 Ja-Stimmen angenommen.

Der Ausschuss für Infrastruktur und Energie empfiehlt:

Der Verwaltungsausschuss beschließt:

„Die vom Planungsbüro NWP, Oldenburg, vorgestellten Kriterien für die Neuaufstellung des Standortkonzeptes für Windenergieanlagen im Bereich der Gemeinde Dötlingen werden zur Kenntnis genommen.“

Abstimmungsergebnis:

Ja 7 Nein 0 Enthaltung 0 Befangen 0

Zu TOP Einwohnerfragestunde

Ausschussvorsitzende Wilke schließt um 20:15 Uhr die Sitzung des Ausschusses für Infrastruktur und Energie und eröffnet die zusätzliche Einwohnerfragestunde für längstens 20 Minuten.



Auf Nachfrage eines Einwohners teilt Herr Aufleger mit, dass beim letzten Planungsschritt zu der Bewertung der verbleibenden Flächen die Themen „Naherholung“ und „Tourismus“ Berücksichtigung finden (**vgl. Folie 3 der Präsentation „Standortanalyse“**).

Ein Einwohner erkundigt sich, ob die positive CO₂-Bilanz der Gemeinde Dötlingen bei der Planung Berücksichtigung findet.

Herr Aufleger verneint dies.

Auf Nachfrage eines Einwohners führt Herr Aufleger aus, dass die Änderung des Prinzips von „Rotor-In“ zu „Rotor-Out“ größere Auswirkungen auf kleine Flächen hat.

Ein Einwohner bittet, die Präsentation auch den Einwohner/innen zur Verfügung zu stellen.

Bürgermeisterin Oltmanns sagt zu, die Präsentationen der Niederschrift als **Anlage** beizufügen.

Ein Einwohner fragt und bittet die Fraktionen zu erklären, ob sie das „Minimum-“ oder „Maximumprinzip“ bei der Ausweisung der Flächen verfolgen, da seiner Meinung nach die Windenergie eine sehr gute Einnahmequelle der Gemeinde darstellt.

Stellvertreter Bürgermeister Zingler teilt namens der SPD-Fraktion mit, dass die SPD-Fraktion dem Minimumprinzip folgen wird und so viele Flächen wie nötig und so wenige wie möglich ausweisen möchte.

Ratsfrau Roggenthien führt namens der Fraktion Bündnis90/Die Grünen aus, dass sich die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vorerst ein gesamtes Energiekonzept wünscht und die Windenergie nicht oberste Priorität für sie besitzt. Sie möchten Flächen nur dann für Windenergie ausweisen, wenn eine Notwendigkeit besteht und es „Sinn macht“, da andere „Alternativen Energien“ nicht ausreichend bedacht werden können.



Ausschussmitglied Schütte führt namens der FDP-Fraktion aus, dass auch die FDP-Fraktion den Ausbau anderer regenerativer Energien verfolgen möchte und nicht nur die Windenergie. Sie gibt zu bedenken, dass Windräder mit Ozon betrieben werden, welches umweltschädlich und -belastend ist.

Auch Ausschussmitglied Lüschen spricht sich namens der CDU-Fraktion für den Ausbau regenerativer Energien aus und fordert einen „Energimix“. Er bittet darum, an dem Kriterienkatalog weiterzuarbeiten.

Ausschussvorsitzende Wilke weist darauf hin, dass Investoren und Projektierer ihr Interesse für den Bau von Windenergieanlagen bekunden können. Anschließend berät die Politik über diese.

Bürgermeisterin Oltmanns weist darauf hin, dass bereits einige Interessenten ihre Vorhaben im Kreise von Politik und Verwaltung vorgestellt hätten. Eine Entscheidung sei erst dann möglich, wenn Flächen ausgewiesen bzw. die Potentiale ermittelt wurden.

Ein Einwohner befürchtet, dass, wenn sich der Rat für das Minimumprinzip entscheidet und möglichst wenige Flächen ausweist, der Landkreis Oldenburg Flächen bestimmt, welche ungeeignet aus Sicht der Gemeinde für die Windenergie in der Gemeinde sind. Er bittet darum, aktiv zu sein und ausreichend Flächen anzubieten, damit die Gemeinde genügend Einflussmöglichkeiten hat.

Herr Aufleger teilt mit, dass es sein kann, dass der Landkreis Oldenburg in der Gemeinde Dötlingen weitere Flächen bestimmt, wenn nicht genügend Flächen von der Gemeinde angeboten würden. Er appelliert, zeitnah die Kriterien festzulegen, damit eine realistische Standortanalyse möglichst schnell fertiggestellt werden kann.

Ein Einwohner erkundigt sich, ob es stimmt, dass eine Fläche zwischen Brettorf und Neerstedt, welche sich in der Vergangenheit als ungeeignet für Windenergie herausstellte, nun doch ausgewiesen werden soll und erste Planungen bereits bestehen.



Bürgermeisterin Oltmanns teilt mit, dass der Gemeinde kein Antrag vorliegt und sie keine Stellung bezogen hat. Vor einer möglichen Stellungnahme zu Anträgen müsste das Standortkonzept bzw. die Potentialstudie fertiggestellt worden sein.

Ein Einwohner erkundigt sich, ob es konkrete Projekte gibt.

Dies verneint Ausschussvorsitzende Wilke, da der Gemeinde bislang keine konkreten Anträge vorliegen.

Bürgermeisterin Oltmanns ergänzt, dass erste Interessensbekundungen vorliegen und diese der Politik vorgestellt worden seien. Nach Fertigstellung der Potentialstudie werden diese erneut aufgegriffen.

Ein Einwohner erkundigt sich, ob eine Bürgerbeteiligung – wie beim Windpark „Haidhäuser“ – erfolgen soll.

Dies bejaht Bürgermeisterin Oltmanns ausdrücklich. Ihr persönlich sei eine Bürgerbeteiligung wichtig. Außerdem möchte sie die Öffentlichkeit weiterhin über die aktuelle Entwicklung regelmäßig informieren.

Ausschussvorsitzende Wilke schließt um 20:35 Uhr die Einwohnerfragestunde und eröffnet die Sitzung des Ausschusses für Infrastruktur und Energie.



Zu TOP 10 Fortschreibung des Klimaschutz- u. Energiekonzeptes der Gemeinde Dötlingen

hier: Gemeinsamer Antrag der SPD-Fraktion u. Bündnis 90/Die Grünen vom 22.02.2023

Vorlage: 2023/675

Ausschussvorsitzende Wilke übergibt das Wort an Ratsfrau Roggenthien, welche den Antrag erläutert.

Bürgermeisterin Oltmanns zeigt sich verwundert darüber, dass laut Antragstellung mit der Gemeindeentwicklungsplanung noch nicht begonnen worden sein soll. Bereits vor 10 Jahren hat der Landesrechnungshof bemängelt, dass die Gemeinde Dötlingen im Haushaltsplan keine Ziele festgelegt hat. Entsprechende Ziele und wesentliche Produkte sollen nun zeitnah in einer strategischen Ausrichtung durch einen moderierten Prozess festgelegt werden. Die Auftragsvergabe für die Moderation erfolgt in Kürze, sobald der Verwaltungsausschuss den entsprechenden Beschluss gefasst hat. Die Beschlussempfehlung sei kürzlich vom Verwaltungsausschuss vertagt worden. Nach Festlegung der Ziele und wesentlichen Produkte werden einzelne Prioritäten festgelegt, wie zum Beispiel der Klima- und Umweltschutz o.ä.. Die Planung in Bezug auf die Windenergie muss allerdings schon jetzt fortgeführt werden, da die Gemeinde ansonsten ihre Planungshoheit und Empfehlungsmöglichkeit gegenüber dem Landkreis verliert.

Stellvertretender Bürgermeister Zingler möchte, dass der Arbeitskreis „Energieeffizientes Dötlingen“ wieder eingebunden wird. Seiner Meinung nach könnte dieser Vorarbeiten leisten, wodurch Kosten bei der Planung reduziert werden könnten. Beispielsweise könnte der Arbeitskreis prüfen, welche öffentlichen Gebäude sich eignen, diese selektieren und anschließend würde ein Fachplaner die Wirtschaftlichkeitsberechnungen durchführen und die Kosten ermitteln.

Bürgermeisterin Oltmanns weist darauf hin, dass in Arbeitskreisen auch regelmäßig Personal aus der Verwaltung eingebunden werden muss. Da die Personalkapazitäten im Bauamt derzeit



ausgeschöpft und verschiedene Stellen unbesetzt sind, sei es notwendig, einen Fachplaner auch für die Vorarbeiten einzusetzen.

Ratsfrau Roggenthien bittet darum, schon jetzt ein Klimaschutz- und Energiekonzept zu erstellen und nicht auf die Festlegung der Ziele und wesentlichen Produkte zu warten. Ihrer Meinung nach ist es nicht sinnvoll, alle Themen zur Energie einzeln abzuarbeiten. Vielmehr sollte es ein Gesamtkonzept geben.

Auch Ausschussmitleid Wiechers spricht sich generell für eine Bündelung der Themen aus.

Bürgermeisterin Oltmanns weist darauf hin, dass die Festlegung der Ziele und wesentlichen Produkte Grundlage für die strategische Ausrichtung und die Priorisierung des Einsatzes von Haushaltsmitteln ist.

Die SPD-Fraktion ist erfreut darüber, dass sich zwei gute Firmen für den Moderationsprozess vorgestellt haben. Ihrer Meinung nach sollte aber auch vor Festlegung der Ziele der gesamte Bereich Energie weiterverfolgt und ein Konzept erstellt werden.

Ratsfrau Roggenthien stellt den **Antrag**, den Beschlussvorschlag wie folgt zu ändern.

„1. Das Klimaschutz- und Energiekonzept der Gemeinde wird fortgeschrieben.

2. In einem ersten Schritt werden zeitnah Ziele festgelegt und ein daraus resultierender Maßnahmeplan erarbeitet. Hierzu wird der AK EED aktiv eingebunden. Ggfls. kann auch unser früherer Klimaschutzmanager Lars Gremlowski in diesen Prozess zeitweise begleiten.

3. Sowohl für die Fortschreibung des Konzeptes als auch für zukünftige klimaschutzrelevante Maßnahmen werden die umfangreichen Fördermöglichkeiten ausgeschöpft.“

Diesem **Antrag** wird bei 3 Ja-Stimmen, 3 Nein-Stimmen sowie 1 Enthaltung **nicht stattgegeben**.



Sodann lässt Ausschussvorsitzende Wilke über den ursprünglichen Beschlussvorschlag abstimmen. Dieser wird bei 4 Ja-Stimmen und 3 Nein-Stimmen angenommen.

Der Ausschuss für Infrastruktur und Energie empfiehlt:

Der Verwaltungsausschuss empfiehlt:

Der Rat der Gemeinde Dötlingen beschließt:

„Die Entscheidung über die Fortschreibung des Klimaschutz- und Energiekonzeptes für die Gemeinde Dötlingen wird bis zum Abschluss der Zielediskussion und Zielefestlegung - mit der Folge der Erstellung eines nachhaltigen Gemeindeentwicklungskonzeptes - zurückgestellt.“

Abstimmungsergebnis:

Ja 4 Nein 3 Enthaltung 0 Befangen 0

Zu TOP 11 Beitritt der Initiative „Lebenswerte Städte durch angemessene Geschwindigkeiten“

hier: Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 13.03.2023

Vorlage: 2023/676

Ausschussvorsitzende Wilke leitet in die Thematik ein und übergibt das Wort an Ratsfrau Roggenthien, welche den Antrag erläutert.

Ausschussvorsitzende Wilke macht deutlich, dass es sich hier um eine Initiative von Kommunen handelt, welche in Zukunft etwas erreichen möchte.

Bauamtsleiter Kläner weist darauf hin, dass die Zuständigkeit für die Festlegung von Geschwindigkeiten in der Gemeinde Dötlingen aktuell bei der Verkehrsbehörde liegt. Derzeit



kann die Verwaltung an die Verkehrsbehörde herantreten und einen Antrag auf Änderung von Geschwindigkeiten stellen. Entscheidungsbefugnis hat die Gemeinde lediglich über die Tonnenbegrenzungen der einzelnen Straßen.

Auf Nachfrage von Ausschussvorsitzender Wilke gibt Ratsfrau Roggenthien an, dass die Initiative von der Stadt Aachen einberufen wurde und seit ca. einem Jahr besteht.

Ausschussmitglied Schütte erkundigt sich, ob die Mitgliedschaft kostenpflichtig ist.

Dies verneint Ratsfrau Roggenthien.

Ausschussmitglied Lüschen erkundigt sich, ob die Initiative bereits erste Erfolge verzeichnen kann.

Dies verneint Ratsfrau Roggenthien. Derzeit werden u.a. Unterschriften gesammelt, um diese als Druckmittel einsetzen zu können, damit der Bund das Gesetz entsprechend ändert.

Bürgermeisterin Oltmanns sieht derzeit die Notwendigkeit für die Gemeinde Dötlingen nicht. Außerdem weist sie darauf hin, dass die Gemeinde Hatten über den Beitritt zur Initiative berät und entgegen der Angabe in dem Antrag noch keine Entscheidung getroffen wurde.

Ausschussmitglied Lüschen bittet, die Aktivitäten der Initiative weiter zu verfolgen, aber derzeit nicht beizutreten.

Ausschussmitglied Wiechers erkundigt sich, ob die Gemeinde bei Änderung des Gesetzes über alle Straßen innerhalb des Gemeindegebietes verfügen dürfte.

Bauamtsleiter Kläner verneint dies, da die Gemeinde nur Straßenbulasträger für Gemeindestraßen ist.



Sodann lässt Ausschussvorsitzende Wilke über den Beschlussvorschlag abstimmen. Dieser wird bei 4 Ja-Stimmen und 3 Nein-Stimmen angenommen.

Der Ausschuss für Infrastruktur und Energie empfiehlt:

Der Verwaltungsausschuss empfiehlt:

Der Rat der Gemeinde Dötlingen beschließt:

„Die Gemeinde Dötlingen schließt sich der Initiative „Lebenswerte Städte durch angemessene Geschwindigkeiten“ nicht an.“

Abstimmungsergebnis:

Ja 4 Nein 3 Enthaltung 0 Befangen 0

Zu TOP 12

- 1. Photovoltaik auf öffentlichen Dachflächen;**
- 2. Umwandlung von öffentlichen Dachflächen zu Gründachflächen;**

hier: Antrag der CDU-Fraktion u. FDP-Fraktion vom 06.03.2023
Vorlage: 2023/678

Ausschussvorsitzende Wilke leitet in die Thematik ein.

Bürgermeisterin Oltmanns weist darauf hin, dass eine Beantwortung und Prüfung ohne fachliche Kompetenz nicht möglich ist. Da die Kosten derzeit nicht abgeschätzt werden können, ist es notwendig, Honorarangebote einzuholen.

Stellvertretender Bürgermeister Zingler bittet darum, die Vorplanungen von einem Arbeitskreis erledigen zu lassen. Erst anschließend sollte ein Fachplaner involviert werden. Er möchte die Kosten so gering wie möglich halten.



Ratsfrau Huck weist darauf hin, dass es sich zunächst lediglich um die Einholung von Honorarangeboten und keine Auftragsvergabe handelt. Ferner erkundigt sie sich, ob nicht hier auch die Gemeindeentwicklungsplanung und Zielesfestlegung zu Grunde gelegt werden muss.

Bürgermeister Oltmanns führt an, dass es sich lediglich um eine Prüfung handelt. Da die Fragestellungen sehr komplex sind, sei dies mit eigenem Personal nicht leistbar ist, sodass ein Fachbüro beauftragt werden sollte.

Ratsfrau Roggenthien stimmt dem grundsätzlich zu. Dennoch ist es ihr wichtig, dass vorab ein Gesamtkonzept in Bezug auf die Energie erstellt wird.

Hinzugewähltes Mitglied Hauth führt an, dass der Arbeitskreis beispielsweise die Vorauswahl der Dächer treffen könnte. Anschließend würde jedoch ein Fachplaner die Vorschläge prüfen, Berechnungen vornehmen und Möglichkeiten aufzeigen. Die Beauftragung von Fachunternehmen würde auch in Nachbarkommunen erfolgen.

Sodann lässt Ausschussvorsitzende Wilke über den Beschlussvorschlag abstimmen. Dieser wird bei 4 Ja-Stimmen, 1 Nein-Stimme und 2 Enthaltungen angenommen.

Der Ausschuss für Infrastruktur und Energie empfiehlt:

Der Verwaltungsausschuss beschließt:

„Die Verwaltung wird beauftragt, für die Installation von weiteren Photovoltaik-Anlagen auf öffentlichen Dächern sowie ggf. die Umwandlung von Dachflächen zu Gründächern, Honorarangebote einzuholen. Anschließend sind die Angebote zur Entscheidung dem Verwaltungsausschuss vorzulegen.“

Abstimmungsergebnis:

Ja 4 Nein 1 Enthaltung 2 Befangen 0



Zu TOP 13 BHKW's in der Gemeinde Dötlingen

hier: Überprüfung der Rentabilität der Bestandsanlagen; Antrag der CDU-Fraktion u. FDP-Fraktion vom 06.03.2023

Vorlage: 2023/679

Ausschussvorsitzende Wilke übergibt das Wort an die Ausschussmitglieder Lüschen und Wiechers, welche den Antrag erläutern.

Ratsfrau Roggenthien erkundigt sich, wie die Sporthalle und die Grundschule in Neerstedt beheizt wurden, da das BHKW abgeschaltet ist.

Bauamtsleiter Kläner führt an, dass die Beheizung durch Fernwärme erfolgt. Die Kosten für den Betrieb des BHKWs waren so stark gestiegen, dass die Nutzung von Fernwärme günstiger war. In der Grundschule Dötlingen und in der Sporthalle Brettorf gibt es nicht die Möglichkeit, Fernwärme zu nutzen, weshalb die BHKWs nach wie vor in Betrieb sind.

Auf Nachfrage gibt Bürgermeisterin Oltmanns an, dass keine Personalkapazitäten vorliegen, um die Prüfung auf Rentabilität selber durchzuführen.

Bauamtsleiter Kläner ergänzt, dass das Ingenieurbüro Wempe beauftragt werden soll, da dieses beriets in der Thematik involviert ist und diesem die Zahlen vorliegen. Aufgrund dessen wird es kostengünstiger sein, als wenn ein anderes Unternehmen beauftragt wird.

Hinzugewähltes Mitglied Hauth weist darauf hin, dass die Geräte vorab technisch beurteilt werden müssen. Anschließend muss eine Entscheidung getroffen werden, ob in Zukunft weiter BHKW eingesetzt werden sollen, falls das BHKW abgängig ist oder Reparaturen erfolgen müssen.

Sodann lässt Ausschussvorsitzende Wilke über den Beschlussvorschlag abstimmen. Dieser wird bei 6 Ja-Stimmen und 1 Enthaltung angenommen.



Der Ausschuss für Infrastruktur und Energie empfiehlt:

Der Verwaltungsausschuss beschließt:

„Die drei BHKW in den Liegenschaften der Gemeinde Dötlingen werden vom Ing.-Büro Wempe, Visbek, auf ihre Rentabilität hin überprüft.

Die Ergebnisse sind im Ausschuss für Infrastruktur und Energie weiter zu betrachten.“

Abstimmungsergebnis:

Ja 6 Nein 0 Enthaltung 1 Befangen 0

Zu TOP 14 Anfragen und Anregungen

Sachstand – Radweg „Stedinger Weg“ zwischen Brettorf und Iserloy

Bürgermeisterin Oltmanns teilt mit, dass eine Einigung erfolgen konnte. Derzeit werden die Vertragsentwürfe von einem Notar vorbereitet. In einem nächsten Schritt werden die politischen Gremien über die vorgesehene Grundstücksankäufe sowie -tausche entscheiden können. Nach alledem geht sie davon aus, dass es nun in der Angelegenheit voran gehe.

Hockensberg

Auf Nachfrage führt Bauamtsleiter Kläner aus, dass die Gemeinde den Landkreis Oldenburg um Einladung zu einem erneuten Ortstermin gebeten hat. Diese Anfrage wurde bislang abgelehnt.

Auch ist Bauamtsleiter Kläner nicht bekannt, dass ein Baum hinter der Leitplanke gefällt wurde.

Bürgermeisterin Oltmanns erklärt, dass die Politik wegen des angestrebten Ortstermins in Kürze eine abschließende Information erhalten wird.

**Zu TOP Einwohnerfragestunde**

Ausschussvorsitzende Wilke schließt um 21:26 Uhr die Sitzung des Ausschusses für Infrastruktur und Energie und eröffnet die Einwohnerfragestunde.

Es meldet sich kein(e) Einwohner(in) zu Wort.

Ausschussvorsitzende Wilke schließt um 21:26 Uhr die Einwohnerfragestunde und die Sitzung des Ausschusses für Infrastruktur und Energie.

Bürgermeisterin

Antje Oltmanns

Vorsitzende

Beate Wilke

Protokollführerin

Lea Möller